



POLITIK / KOMMENTAR

Moskau -

Karussell der Janusköpfe ...

(SB) - Mit der gewaltsamen Ausschaltung des russischen Parlaments am 4. Oktober 1993 vollzog Boris Jelzin die Agenda von westlichen Beratern initiiertes Radikalreformen, gegen die das Abgeordnetenhaus opponiert hatte. Es stand der Expansion westlicher Hegemonial- und Kapitalinteressen in die Russische Föderation entgegen ... *(Seite 3)*

POLITIK / KOMMENTAR

AfD - Bündnisaussichten ...

(SB) - Den politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie ist das Hemd einer Regierungsbeteiligung allemal näher als der Rock vorgeblich unveräußerlicher Positionen und Prinzipien. Wenn langjährigen Volksparteien wie der CDU die Felle wegschwimmen, weil der böse Nachbar Volkes Willen ... *(S. 5)*

UMWELT / REDAKTION

CO2 - Klimafolgen schöngeredet ...

(SB) - Was sich zur Zeit im Hambacher Forst abspielt, hat ungeheure Symbolkraft. Da werden Menschen, die sich für den Erhalt dieses uralten ... *(S. 7)*

Brexit - vom Festschreiben der Grenze ...

(SB) 4. Oktober 2018 - Vor dem Hintergrund des anhaltenden Streits um den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, der bekanntlich am 29. März 2019 erfolgt, fand vom 1. bis 3. Oktober in Birmingham der diesjährige Parteitag der britischen Konservativen statt. Mit beträchtlicher Verzweiflung rief Premierministerin Theresa May als Hauptrednerin die Tories zur Geschlossenheit auf und bat um ihre Unterstützung bei den schwierigen Verhandlungen mit Brüssel. Gegen Mays nach dem Landsitz der britischen Regierungschefin genannten Chequers-Plan eines "sanften" Brexits, der auf einer Art Zollunion mit der EU hinausläuft, opponierte Ex-Außenminister Boris Johnson, der einen "harten" Austritt in Form eines Freihandelsabkommens, ähnlich dem, das Brüssel letztes Jahr mit Kanada vereinbart hat, verlangt.

Offene Unterstützung erhielt Johnson beim Untergraben von Mays Position überraschenderweise bei mehreren Medienauftritten von Arlene Foster, der Chefin der protestantisch-britischen Democratic Unionist Party (DUP) Nordirlands, deren zehn Abgeordnete seit den Unterhauswahlen im vergangenen Jahr die konservative Minderheitsregierung in London an der Macht hal-

ten. Die offene Intervention der DUP-Chefin in den innerparteilichen Machtkampf der Tories zugunsten jener rechtsreaktionären Kräfte in Großbritannien, die das Vereinigte Königreich in ein Billiglohnland mit geringstmöglichen Steuern und Abgaben für die Schwerreichen und niedrigen Standards in den Bereichen Arbeitsmarkt, Soziales und Umwelt verwandeln wollen, hat bei der nationalistisch-katholischen Bevölkerung Nordirlands sowie in der Republik Irland Bestürzung ausgelöst, ist aber keine wirkliche Überraschung. Schließlich hat die DUP 2016 - letztlich gegen den Willen der Mehrheit in Nordirland - für den Brexit Stimmung gemacht und zu diesem Zweck in der Londoner U-Bahn mit Geldern aus bis heute nicht eindeutig geklärten Quellen die teuerste Werbekampagne der nordirischen Parteiengeschichte finanziert.

Die Mehrheit der DUP-Mitglieder setzt sich aus protestantischen Fundamentalisten zusammen, die den biblischen Schöpfungsmythos der Evolutionslehre vorziehen und deshalb eine Einführung der Abtreibung und der Ehe für alle in Nordirland strikt ablehnen. Wegen dieser Blockadehaltung ist Anfang 2017 die interkonfessionelle Regierung mit der katholisch-nationalistischen Sinn-Féin-Partei in Belfast kollabiert. Doch

seit dem Ja einer Mehrheit der britischen Wähler zum Brexit im Juni 2016, der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA im November desselben Jahres und dem eigenen Aufstieg zum Zünglein an der Waage in Westminster im vergangenen Sommer fühlt sich die DUP im Aufwind. Ähnlich Johnson, der sich von Trumps früherem Wahlkampfleiter und Ideengeber Steve Bannon beraten läßt, sieht sich die DUP offenbar als Teil der konservativen Welle in Europa und Nordamerika zusammen mit Kräften wie Marine Le Pens Front National in Frankreich, Matteo Salvini's Lega in Italien und der Alternative für Deutschland in der Bundesrepublik.

Offen hat Foster Johnson, den die meisten Politikinteressierten in Großbritannien für einen aufgeblasenen Blender halten, als Visionär gelobt und ihm - ähnlich wie Trump beim Staatsbesuch in Großbritannien im vergangenen Juli - das Zeug zum britischen Premierminister attestiert. May dagegen hat Foster kritisiert und offen mit einem Votum der DUP gedroht, gegen das Ergebnis der Brexit-Verhandlungen bei der baldigen Abstimmung im Unterhaus zu votieren, sollte die Vereinbarung eine Verlegung der künftigen Kontrollen von Waren und Personen von der Landgrenze auf der Insel Irland hin zu den Luft- und Seehäfen beinhalten. Die Idee, solche Äußerungen könnte man als Undankbarkeit gegenüber der Premierministerin empfinden, wies Foster mit der Feststellung weit von sich, daß der Deal über eine Milliarde Pfund zusätzlicher Subventionen für Nordirland, den die DUP letztes Jahr mit den Tories besiegelt

hat, eine Vereinbarung zwischen Parteien und nicht zwischen Personen gewesen sei.

Seit Monaten suchen Brüssel, London und die Regierung in Dublin nach Wegen, wie das Vereinigte Königreich aus der EU austreten kann, ohne daß es zu Grenzinstallationen zwischen der Republik Irland und dem Norden der Insel kommen muß. Die eine Möglichkeit, zu der May tendiert, ist die Schaffung einer gemeinsamen Zollunion und der Verbleib Nordirlands im EU-Binnenmarkt. Weil die DUP dies als Schwächung der Bindung zwischen Nordirland und Großbritannien kategorisch ablehnt, überlegt man, die künftigen Warenkontrollen weitab der Landgrenze in den Fabriken und Versandhäusern vorzunehmen; lediglich zu verstärkter Überwachung von Tiertransporten und Lebensmitteln könnte es an Luft- und Seehäfen kommen. Doch selbst dies haben Foster und DUP-Vizechef Nigel Dodds, der zugleich Fraktionsführer im Unterhaus ist, als inakzeptabel abgetan. Die "roten Linien" der DUP dürfen nicht überschritten werden, sonst würden Dodds und Kollegen der May-Regierung die Gefolgschaft verweigern, selbst wenn dies Neuwahlen im Vereinigten Königreich bedeutete, so das dynamische Duo. Auf die Frage, wie ernst die Drohung gemeint sei, antwortete Foster, die nicht zu überschreitenden Linien der DUP seien "blutrot".

Diese Wortwahl hat in der irischen Öffentlichkeit beiderseits der Grenze einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Vielfach - selbst aus gemäßigten Kreisen der Unionisten im Norden - wurde

Foster Unverantwortlichkeit attestiert. Mit der Verwendung eines solchen Begriffs sei die Anwältin aus Fermanagh dabei, die Wunden von einst wiederaufzureißen, und spiele damit, den 1998 beigelegten Bürgerkrieg neu zu entfachen, so die einhellige Meinung. Tatsächlich gehörte Foster damals zu einer kleinen Gruppe von Mitgliedern der Ulster Unionist Party (UUP), welche die Annahme des Karfreitagsabkommens abgelehnt hat und deshalb zur DUP um den Radikalprediger Ian Paisley gewechselt ist. Dies erklärt, warum sie nun argumentiert, das Karfreitagsabkommen dürfte dem Brexit nicht im Wege stehen und gehöre gegebenenfalls revidiert.

Die DUP behauptet stets, auch sie wolle nicht die Wiedereinrichtung einer festen Grenze in Irland. Das Verhalten von Foster, Dodds und Konsorten spricht jedoch eine ganz andere Sprache. Alles deutet darauf hin, daß sie gezielt auf den härtestmöglichen Brexit bis hin zur No-Deal-Variante hinarbeiten, um die Möglichkeit der Wiedervereinigung Irlands, die im Karfreitagsabkommen ausdrücklich vorgesehen ist, auszuschließen. Bei den Wahlen zum nordirischen Parlament im letzten Jahr haben die Unionisten erstmals seit der Teilung Irlands 1922 eine Mehrheit der Sitze verfehlt. Stetig wächst die katholische Bevölkerung, während die protestantische schrumpft. In den letzten 20 Jahren sind Nord- und Südirland spürbar zusammengewachsen - eine Entwicklung, welche die DUP mit Sorgen erfüllt und die sie nun mit dem Brexit stoppen will. Dafür spricht die Aussage von Shelagh Fogerty, Moderatorin beim Londoner

Talkradiosender LBC, derzufolge ein Abgeordneter der DUP ihr vor kurzem anvertraut habe, die Democratic Unionisten wollten ähnlich wie Trump zwischen den USA und Mexiko einen Grenzzaun zwischen Nord- und Südirland "so hoch wie möglich" errichtet sehen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/redakt/prtn-365.html>

POLITIK / KOMMENTAR

Moskau - Karussell der Janusköpfe ...

(SB) 4. Oktober 2018 - Mit der gewaltsamen Ausschaltung des russischen Parlaments am 4. Oktober 1993 vollzog Boris Jelzin die Agenda von westlichen Beratern initiiertes Radikalreformen, gegen die das Abgeordnetenhaus opponiert hatte. Es stand der Expansion westlicher Hegemonial- und Kapitalinteressen in die Russische Föderation entgegen. Mit seiner Beseitigung wurde der Weg von der Sowjetunion zu einem Rußland vollendet, in dem die Macht der Oligarchen im Bündnis mit Kreml und Klerus gestärkt wie durch das System der gelenkten Demokratie gegen jeden sozialen Widerstand von unten gesichert wird.

Am 21. September 1993 löste der russische Präsident Boris Jelzin mit einem verfassungswidrigen Dekret den Kongress der Volksdeputierten der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) auf, um freie Hand bei der Durchsetzung marktwirtschaftlicher Radikalre-

formen zu haben. Die Volksdeputierten verbarrikadierten sich im Sitz des RSFSR, dem Weißen Haus in Moskau, und es kam zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen auf den Straßen der russischen Hauptstadt. Entscheidend war schließlich, daß Jelzin vom Militär und den Sicherheitsbehörden unterstützt wurde. Das Parlamentsgebäude wurde am 4. Oktober mit Panzergranaten sturmreif geschossen und dabei fast zerstört. Die meisten Abgeordneten flohen, und am 5. Oktober brach der Widerstand gegen Jelzins Präsidialmacht zusammen.

Die Regierungen und Medien der NATO-Staaten begrüßten Jelzins Verfassungsputsch, der heute - so zum Beispiel im Deutschlandfunk [1] - als "Putsch gegen Boris Jelzin" bezeichnet wird, natürlich nicht ganz uneigennützig. Was gemeinhin als "Streit zwischen Reformern und Kommunisten" dargestellt wird, war der von der damals noch starken Kommunistischen Partei Rußlands unternommene Versuch, den Ausverkauf des Landes an kapitalstarke westliche Investoren und die sich formierende Oligarchenklasse im eigenen Land durch regulatorische Halteseile zumindest einzuschränken. Damals zeigte sich bereits, daß die von westlichen Beratern wesentlich organisierten marktwirtschaftlichen Reformen zu einem sozialen Kahlschlag führen sollten, der der Bevölkerung des Landes große materielle Einbußen bescherte und sie so drastisch verelenden ließ, daß die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern innerhalb kurzer Zeit von 65 auf 59 Jahre sank.

Am 12. Dezember 1993 schließlich ließ sich Jelzin per Referen-

dum zeitgleich mit den Wahlen zur ersten Staatsduma eine Verfassung bestätigen, die die bis heute starke Stellung des Präsidenten im politischen System der Russischen Föderation begründete. Der trotz - oder gerade wegen - der gewaltsamen Ausschaltung des verfassungsmäßigen Parlaments im Westen als Freiheitsheld gefeierte Jelzin erhielt Vollmachten, die einer Präsidialdiktatur, wenn sie denn etabliert werden sollte, wenig Hindernisse in den Weg legte. Mit diesem konstitutionellen Akt, der im Gefolge des Niederschießens der parlamentarischen Opposition um so leichter durchzusetzen war, wurde das postsowjetische Regierungssystem an die autoritären Erfordernisse des neoliberalen Kapitalismus angepaßt. Der russische Präsident ernannte mit Zustimmung der Staatsduma den Regierungschef und auf dessen Vorschlag die einzelnen Minister, er ernannte den Chef der Zentralbank und das Oberkommando der Streitkräfte, er verfügte mit der Leitung des Sicherheitsrates über eine außerdemokratische Nebenexekutive, mit Hilfe derer er den Ausnahmezustand erklären und die Streitkräfte auch gegen innere Feinde mobilisieren kann. Vor allem jedoch stellt das Recht des Präsidenten, die Staatsduma aufzulösen, wenn diese dreimal den von ihm vorgeschlagenen Ministerpräsidenten ablehnt, ein wirksames Mittel gegen jegliche parlamentarische Unabhängigkeit dar. Hinzu kommt, wovon Boris Jelzin in seiner Amtszeit reichlich Gebrauch machte, die Möglichkeit, anhand von ihm verfügter Erlasse und Verordnungen per Dekret zu regieren.

Eingeschränkt wird die Machtfulle des russischen Präsidenten au-

ßerhalb seiner Bestätigung durch Wahlen und oberhalb der Schwelle schwacher parlamentarischer Opposition nur durch ein Amtsenthebungsverfahren. Dazu mußte ihn die Staatsduma des Hochverrats oder schwerer Gesetzesverstöße bezichtigen, wozu es allerdings eines Gutachtens des Obersten Gerichtshofes bedarf, das die Strafbarkeit der Handlungen des Präsidenten bestätigte, sowie einer Bestätigung des Verfassungsgerichtes über den rechtmäßigen Verlauf der Amtsenthebung. Die "Vertikale der Macht", auf die sich Jelzins Nachfolger Vladimir Putin stützt, ist in der Russischen Föderation nicht prinzipiell anders strukturiert als etwa in Präsidialsystemen wie den USA und Frankreich, aber im Verhältnis zu diesen doch so gut ausgebaut, daß dem russischen Präsidialsystem durchaus ein besonders autoritärer Charakter nachgesagt werden kann.

Eben das wird in der EU immer wieder zum Anlaß genommen, die Legitimität des Herrschers im Kreml in Frage zu stellen. Wie sehr diese Entwicklung auf der breiten Gutheißung des Jelzinschen Verfassungsputsches nicht zuletzt durch die Bundesregierung unter Helmut Kohl wie der von westlichen Staaten ausgehenden Manipulationen zu seiner Wiederwahl beruht, gehört zu den hierzulande meist unterschlagenen Faktoren postsowjetischer Entwicklung. Die zusehends antidemokratische Herrschaftssicherung in der EU schöpft bis heute Legitimation aus der als Sieg von Freiheit und Demokratie ausgeschlachteten Wende zu Beginn der 1990er Jahre. Je mehr sich der krisenerschütterte Kapitalismus autoritärer Mittel zur Durchset-

zung seiner staatlichen Ordnung bedient, desto rigider wird ein Antikommunismus, dem der Gegner längst abhandengekommen ist, so daß er ihn auf den Leichenfeldern des sozialen Krieges reanimieren muß.

Es sollte den Bevölkerungen der realsozialistischen Staatenwelt keineswegs überlassen bleiben, mit basisdemokratischen Mitteln vielleicht ganz andere Formen gesellschaftlicher Eigentumsordnung und Verfassungswirklichkeit zu schaffen. Daß die Strategie apologetischer Legendenbildung im Falle des größten aus der Erbmasse der Sowjetunion hervorgegangenen Staates mit besonders aggressiven Mitteln durchgesetzt wird, ergibt sich schon daraus, daß nur der Gedanke an die Möglichkeiten sozialer Befreiung, die aus der Oktoberrevolution hätten hervortreten können, wenn sie nicht an Unzulänglichkeiten gescheitert wäre, die dem unerreichten Ideal des Kommunismus nicht anzulasten sind, die TrägerInnen heutiger Klassenherrschaft immer noch erschauern läßt.

Analog dazu wird am Tag der deutschen Einheit gerne vergessen, daß ein eigenständiger demokratischer Weg der DDR durch die von der BRD-Regierung ausgehende gezielte Förderung rechter Kräfte zur Wendezeit torpediert wurde. Wenn heute die große Zahl neofaschistischer Verbindungen im Osten Deutschlands beklagt wird, wird kaum Rechenschaft über die systematische Diffamierung der DDR als "Unrechtsstaat" und die damit verbundene Abwertung der Lebensleistung ihrer Bevölkerung abgelegt, obwohl diese kollektive

Herabwürdigung mitverantwortlich dafür sein dürfte, daß AfD und Pegida mit ihrer Anti-Establishment-Rhetorik Gehör finden. Noch weniger wird an den nationalistischen Tenor der Demonstrationen erinnert, auf denen die soziale Bewegung gegen die SED ins Fahrwasser einer nationalchauvinistischen Wiedervereinigungspropaganda manövriert wurde [2]. Geschichte wird im Lichte herrschender Interessen erzählt, anstatt im Widerstreit fundamentaler Gewaltverhältnisse entschlüsselt und auf den Stand heutiger Kämpfe gebracht zu werden. Das wäre schlichtweg unverträglich für die SachwalterInnen jener Deutungsmacht, die den Platz, auf dem alternative Sichtweisen entstehen könnten, vollständig besetzen soll.

Anmerkungen:

[1] https://www.deutschlandfunk.de/vor-25-jahren-niederschlagung-des-putschs-gegen-boris-jelzin.871.de.html?dram:article_id=429635

[2] <https://www.heise.de/tp/features/Der-blinde-Fleck-in-der-Debatte-4180355.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/hege1822.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

AfD - Bündnisaussichten ...

Wer aus machtpolitischen Aspekten seine Grundsätze verlässt, der begeht politischen Selbstmord.

Reiner Haseloff (Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt) [1]

(SB) 4. Oktober 2018 - Den politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie ist das Hemd einer Regierungsbeteiligung allemal näher als der Rock vorgeblich unveräußerlicher Positionen und Prinzipien. Wenn langjährigen Volksparteien wie der CDU die Felle wegschwimmen, weil der böse Nachbar Volkes Willen erfolgreich okkupiert, ergreift man im Zweifelsfall seine helfende Hand. Es ist nur eine Frage der Zeit und Gunst der Stunde, bis Koalitionen auf die Tagesordnung gesetzt werden, die man zuvor für völlig ausgeschlossen erklärt hatte.

Die AfD kann sich in der Opposition vom "Establishment" abgrenzen, ihre in vielen Bereichen fehlende Agenda verschleiern und sich voll und ganz auf die beiden Kernthemen Flüchtlinge und Sicherheit konzentrieren. Die vom damaligen Verfassungsschutzchef Maaßen beratene Frauke Petry scheiterte im parteiinternen Machtkampf beim Versuch, Vertreter der extremen Rechten auszuschließen und einen moderateren Kurs anzulegen, um die AfD koalitionsfähig zu machen. Alexander Gauland hielt vor, daß rechte Parteibildungen in der Bundesrepublik stets von der Union aufgesogen und zersetzt wurden, weshalb eine zu schnelle Regierungsbeteiligung

Gift für sie sei. Er öffnete die AfD nach rechts, so daß sie extremistische Positionen wie die Höckes oder der Identitären einschließt und nicht nur in Chemnitz gemeinsam mit dem äußersten rechten Rand öffentlich aufmarschiert. Unter Führung von Gauland und Alice Weidel setzte die AfD bislang voll und ganz darauf, die anderen Parteien vor sich her zu treiben, um sie vorzuführen und ihnen Stimmen abzugeben.

Nun hat Gauland eine vermeintliche Kehrtwende vollzogen und erstmals eine künftige Koalition mit der CDU nicht mehr ausgeschlossen, die er nach fast 40 Jahren 2013 verlassen und seither scharf kritisiert hatte. Als sich Union und SPD Anfang Februar auf den Koalitionsvertrag geeinigt hatten, erklärte er noch, die CDU habe sich aus Angst vor dem Mitgliederentscheid der SPD ideologisch entleert und sei nur noch eine leere Hülle. Heute bezeichnet er "eine ins Vernünftige gewendete CDU" als potenziellen Koalitionspartner und verbucht dies als Teilerfolg seiner Partei. Wie der 77jährige in der FAZ ausgeführt hat, glaube er nicht daran, daß die AfD 50 Prozent bei Wahlen erreichen kann. Deswegen brauche sie einen Koalitionspartner. Mit den Grünen, der Linkspartei und der SPD sei eine Koalition nicht möglich, auch ge-

genüber einem Bündnis mit der FDP sei er skeptisch, so daß nur die CDU übrigbleibt.

Gauland rechnet damit, daß es nach den Landtagswahlen, die im Herbst 2019 in den drei ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen stattfinden, Koalitionen aus CDU, SPD, den Grünen und auch der Linkspartei geben wird, um eine Regierungsbeteiligung der AfD zu verhindern. Aber das werde auf Dauer nicht so bleiben. Wenn die CDU wieder konservativer werde, wäre das "ein vernünftiges Teilergebnis" des Wirkens der AfD, so Gauland. [2]

Sein Kurswechsel zu diesem Zeitpunkt dürfte darauf zurückzuführen sein, daß unmittelbar zuvor Unruhe in der Union ausgebrochen war, als der neue Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Sachsen, Christian Hartmann, eine Koalition mit der AfD nach der Landtagswahl 2019 nicht ausgeschlossen hatte. Der 44jährige war als Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Frank Kupfer gewählt worden und setzte sich dabei gegen Geert Mackenroth durch, den Ministerpräsident Michael Kretschmer vorgeschlagen hatte. Ähnlich wie Angela Merkel, die am selben Tag in Berlin mit ihrem Kandidaten Volker

Kauder als Chef der Bundestagsfraktion völlig überraschend Ralph Brinkhaus unterlag, mußte auch Kretschmer eine Palastrevolte über sich ergehen lassen, die weitreichende Folgen haben könnte. [3]

Auch Hartmann deutete an, daß die politische Vernunft im Falle bestimmter Mehrheitsverhältnisse eine Koalition mit der AfD nahelegen könnte, wenn anders eine Regierungsbildung nicht möglich oder wünschenswert wäre. Kretschmer hatte dies stets ausgeschlossen, doch Hartmann spricht für die konservative sächsische Landtagsfraktion der CDU im Grunde nur erstmals offen aus, was viele denken. Da sie eine Zusammenarbeit mit der in Sachsen relativ starken Linkspartei kategorisch ausschließen und die Werte der SPD in den Keller rutschen, zeichnet sich eine künftige Regierungsbildung von CDU und AfD ab. Darauf hob Gauland ab, der Hartmanns Steilvorlage aufnahm, um die CDU weiter in die Arme seiner Partei zu treiben. Denn von Kompromissen der AfD in einer solchen Koalition war aus seinem Munde nichts zu hören.

Daß diese Avancen einem Stich ins Wespennest glichen, untermalt in aller Deutlichkeit, wie nahe Gauland und Hartmann der beiderseitigen Ratio gemeinsamer Regierungsmacht kommen. Nach Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnten weitere führende Unionspolitiker eine Zusammenarbeit mit der AfD so kategorisch ab, daß man sich fast schon an ein Beschwörungsritual erinnert fühlte, das herbeigerufene Geister vergeblich zu bannen sucht. So verkündete CSU-Landesgruppen-

chef Alexander Dobrindt, die AfD sei der erklärte politische Gegner: "Wir haben im Bundestag eine Zusammenarbeit mit der AfD per Fraktionsbeschluß ausgeschlossen. Wer zu einem anderen Ergebnis kommt, hat nicht alle Latten am Zaun."

Woher Dobrindts Erregung rührt, machten 40.000 Menschen deutlich, die am Tag der Deutschen Einheit in München gegen Rechts demonstrierten. Unter dem Motto "Jetzt gilt's! - Gemeinsam gegen die Politik der Angst" trugen viele Demonstranten Plakate, auf denen sie direkt die CSU-Politiker Horst Seehofer und Markus Söder attackierten. Eineinhalb Wochen vor der Landtagswahl in Bayern wollten die Organisatoren nach eigenen Worten eine Botschaft senden, daß weder die Verschärfung des Polizeirechts noch andere Formen einer Drift nach rechts hingenommen würden. "Keine Stimme der AfD" und allen Parteien, "die dem Rechtsruck Vorschub leisten", rechnete der Protest mit dem Schulterchluß der reaktionären Fraktionen ab. [4]

Mit drastischen Worten warnte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff seine Partei eindringlich vor einer Annäherung an die AfD: "Wer aus machtpolitischen Aspekten seine Grundsätze verlässt, der begeht politischen Selbstmord." Bei der letzten Wahl in Sachsen-Anhalt habe der Abstand zur AfD vier Prozent betragen, jetzt sei er auf rund zehn gewachsen. Es lohne sich also, klare Kante zu zeigen. Die AfD sei keine konservative demokratische Partei, sondern im Troß mit den Nazis auf der Straße. So zutreffend diese Einschätzung sein mag, sind doch Zweifel

geboten, wenn sich die Bundeskanzlerin sicher ist, daß der "überwiegende Teil der CDU in Sachsen" eine Koalition mit der AfD genauso kategorisch ausschließt wie sie selbst. Was Präsidium und Bundesvorstand der CDU in dieser Frage beschlossen haben, ist für die sächsische Fraktion und erst recht das Parteivolk sicher nicht in Stein gemeißelt.

Wie Gauland einräumt, ist die AfD für sich genommen nicht mehrheitsfähig. Er läßt zugleich keinen Zweifel daran, wie ihre Regierungsbeteiligung dennoch zustande kommen soll. Die Steigbügelhalter stehen bereit, nach dem Scheitern der Weimarer Republik ein weiteres Kapitel national-konservativer bürgerlicher Kollaboration mit der Rechten in Deutschland zu schreiben.

Anmerkungen:

[1] www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_84558750/cdu-politiker-hasehoff-warnt-vor-koalition-mit-afd-politischer-selbstmord-.html

[2] www.welt.de/politik/deutschland/article181718758/Alexander-Gauland-AfD-Chef-hofft-auf-die-CDU-als-Koalitionspartner.html

[3] www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_84527836/cdu-chefin-angela-merkel-schliesst-koalition-mit-afd-in-sachsen-kategorisch-aus.html

[4] www.spiegel.de/politik/deutschland/muenchen-tausende-demonstrieren-in-muenchen-gegen-rechts-a-1231427.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1796.html>

CO₂ - Klimafolgen schöngeredet ...

(SB) 4. Oktober 2018 - Was sich zur Zeit im Hambacher Forst abspielt, hat ungeheure Symbolkraft. Da werden Menschen, die sich für den Erhalt dieses uralten Waldes einsetzen, von der Polizei aus ihren Baumhäusern gezerrt und abgeführt, weil ein Energiekonzern die Bäume fällen will, um die darunter liegende Braunkohle abzubauen und zwecks Profitsteigerung zu verbrennen. Ausgerechnet Braunkohle! Das ist ein Energieträger, bei dessen Verbrennung besonders große Mengen an Kohlenstoffdioxid (CO₂) freigesetzt werden.

Vielleicht hoffen die Chefs in der Führungsetage von RWE ja, daß ihre Kinder und Enkelkinder gegen Mitte des Jahrhunderts zu der rund eine halbe Milliarde Menschen gehören, die überleben werden, sollte die globale Erwärmung weiter so voranschreiten wie bisher. Vielleicht gibt es dann irgendwo auf dem Planeten noch irgendwelche klimatisch vorteilhaften Höhlen oder Nischen, in denen sich Menschen verbunkern können, während ihre Artgenossen außerhalb in Massen sterben, da sie nicht genügend zu essen und zu trinken haben und absolut lebensfeindlichen Klimazonen ausgeliefert sind.

Solche alarmistisch anmutenden Ausführungen gründen sich auf wissenschaftliche Berechnungen, denen zufolge Ende des Jahrhunderts die globale Durchschnittstemperatur vier Grad über der Temperatur der vorin-

dustriellen Zeit vor rund 200 Jahren liegen könnte. Damals hatten Menschen zwar Torf, Braun- und Steinkohle verbrannt, aber noch nicht in den riesigen Mengen, wie sie erforderlich wurden, als damit Industrieanlagen, Eisenbahnen und Kraftwerke betrieben wurden. Später kamen noch weitere fossile Energieträger wie Erdöl und Erdgas hinzu. Zeitnah zum Gehalt der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre steigt seitdem die globale Durchschnittstemperatur an.

Der in die Luft geblasene Kohlenstoff absorbiert die von der Erdoberfläche abgegebene Wärmestrahlung. In der Folge wird der Planet mehr und mehr zum Treibhaus. Auf diesem fundamentalen physikalischen Zusammenhang zwischen Veränderung der Atmosphärenzusammensetzung und Erderwärmung gründet sich die internationale Klimaschutzpolitik. Sie tut es jedoch nicht mit der gebotenen Konsequenz, wollte sie ernsthaft klimabedingte Folgeschäden von Milliarden Menschen verhindern.

Ungeachtet des Bemühens um Plausibilität und Präzision des oder der einzelnen innerhalb der Wissenschaft weisen die alle fünf bis acht Jahre erscheinenden Berichte des Weltklimarats (IPCC), in denen die Expertise mehrerer tausend Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einfließt und die der Politik als Entscheidungsgrundlage helfen soll, grundlegende Mängel auf.

Der IPCC verwässert die Forschungsergebnisse zur globalen Erwärmung und spricht daher zu schwache Empfehlungen aus, schreiben David Spratt und Ian Dunlop in dem Report "What Lies Beneath: The Underestimation of Existential Climate Risk" vom August 2018 [1]. Die Gründe für die Untertreibung sind vielfältig und liegen teils in der Struktur des IPCC und seiner favorisierten Methoden. Das sei historisch gesehen nachvollziehbar, aber heute nicht mehr zu rechtfertigen, schreiben die beiden australischen Autoren. Das Budget an CO₂-Emissionen, um das im Pariser Abkommen beschlossene Ziel einzuhalten und den globalen Temperaturanstieg um nicht mehr als zwei, möglichst sogar nur 1,5 Grad steigen zu lassen, sei deutlich geringer als angenommen.

Einer der Kritikpunkte am Weltklimarat lautet, daß in dessen umfangreichen Berichten notgedrungen aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse nicht mehr einfließen. Und da, wo in der Wissenschaft keine Einigung erzielt werden kann, beispielsweise bei der Wirkung des auftauenden Permafrosts. Obschon doch die CO₂- und Methanemissionen aus dem tauenden Permafrost das Budget an Kohlenstoff, den Menschen noch relativ gefahrlos emittieren dürfen, ohne die Grenzwerte aus dem Pariser Abkommen zu überschreiten, deutlich reduzieren.

Ähnliches gilt für die Bedeutung der Gletscherschmelze der Ant-

arktisch hinsichtlich des Meeresspiegelanstiegs. Der letzte IPCC-Bericht aus dem Jahr 2014 geht darauf nicht ein, obwohl sich die Hinweise mehren, daß der Westantarktische Eisschild einen "tipping point" überschritten hat und unaufhaltsam schmelzen wird. Er hat das Potential, den weltweiten Meeresspiegel um mehrere Meter zu erhöhen. Auch Teile des lange Zeit als stabil geltende Ostantarktischen Eisschilds sind in den letzten Jahren in Bewegung geraten. Das läßt die Vermutung zu, daß das Klimasystem viel sensibler auf die menschengemachten Treibhausgasemissionen reagiert als angenommen.

Der Weltklimarat dürfe sich nicht danach richten, was den wissenschaftlichen Studien zufolge vielleicht als am wahrscheinlichsten angesehen wird, sondern müsse sich auf Extremwerte einstellen. Deshalb sei ein Ansatz erforderlich, der sich an den Risiken orientiert. Niemand besteige ein Flugzeug, das mit einer Wahrscheinlichkeit von fünf Prozent abstürzen wird, wiederholen die beiden Autoren eine eindrückliche Analogie, die auf den Klimaforscher Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) zurückgeht.

Hinsichtlich der Klimaentwicklung werde aber eine fünfprozentige Wahrscheinlichkeit für Worst-case-Szenarien schlicht ignoriert. Spratt und Dunlop beobachten zurecht, daß Parameter wie globale Erwärmung und Meeresspiegelanstieg Trends aufweisen, die der IPCC vormals immer nur als Worst-case-Szenarien beschrieben hat. Sieh stets nur auf der Bahn des Mittelmaßes zu bewegen, genüge nicht. Das könnte

eines Tages zu einer bösen Überraschung führen, wenn auf einmal der "Worst case" eintritt, aber niemand vorbereitet ist, nur weil man nicht damit gerechnet hat.

Wobei die zugesagten nationalen Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen auf eine Drei- bis 3,5-Grad-Welt hinauslaufen. Nimmt man jetzt noch die vom Weltklimarat weitgehend unbeachtet gelassenen langfristigen Rückkopplungsprozesse hinzu, steuert man eher auf eine Vier-Grad-Welt bis Ende des Jahrhunderts zu. Das würden aber voraussichtlich "80 bis 90 Prozent der Menschheit" nicht überleben. Mit dieser Einschätzung beziehen sich Spratt und Dunlop auf Aussagen des stellvertretenden Direktors des britischen Tyndall Centres of Climate Change Research, Prof. Kevin Anderson. Das Tyndall-Zentrum gehört zu den führenden Klimaforschungseinrichtungen im Vereinigten Königreich.

Nach den Berechnungen des Met Office, einer weiteren britischen Klimaforschungseinrichtung, könnte die Vier-Grad-Welt bereits 2060 erreicht sein [2]. Dem noch nicht genug besagen jene nationalen Selbstverpflichtungen zum Klimaschutz noch lange nicht, daß sie auch eingehalten werden. Beispielsweise verfehlt die Bundesrepublik Deutschland ihr Klimaschutzziel, bis 2020 die CO₂-Emissionen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, um acht Prozent. Und es ist Deutschland, das in jüngster Zeit wieder einmal auf EU-Ebene schärfere CO₂-Grenzwerte für den Verkehr torpediert. Solche und ähnliche Manöver beispielsweise auch der USA unter der Trump-Regierung und Frank-

reichs, dessen Umweltminister vor kurzem aus Frust zurückgetreten ist, da die Regierung Macron keine Rücksicht auf den Umweltschutz nimmt, sorgen dafür, daß die globale Durchschnittstemperatur höher und höher steigt.

Nach Anderson wäre eine Vier-Grad-Welt "inkompatibel mit einer organisierten globalen Gemeinschaft, wahrscheinlich jenseits der Anpassung, vernichtend für die Mehrheit der Ökosysteme" und sie bürge "eine hohe Wahrscheinlichkeit, nicht stabil zu sein". Jeder einzelne dieser Aspekte ist von weitreichender Bedeutung:

- Wenn die Weltgemeinschaft nicht mehr "organisiert" werden kann, bricht ein Hauen und Stechen um die letzten Überlebensressourcen aus.

- Wenn sich Menschen nicht mehr an die klimatischen Bedingungen "anpassen" können, gehen sie zugrunde. Das meinte Anderson damit, wenn er sagt, daß vielleicht nur eine halbe Milliarde Menschen überleben wird. Für Tiere und Pflanzen gilt ähnliches.

- Wenn die Mehrheit der Ökosysteme "vernichtet" wird, dann wirkt sich das unmittelbar auf die Nahrungsproduktion aus. Die gegenwärtig weltweit bevorzugten Getreidesorten Weizen, Mais und Reis benötigen einen bestimmten klimatischen Rahmen, ansonsten gehen sie ein oder reduzieren die Kornentwicklung.

- Andersons letzter Punkt, die "Instabilität", bedeutet, daß es nicht bei einer Vier-Grad-Welt bleiben wird. Im Prozeß der Er-

derwärmung sind bereits Trends angelaufen, die anhalten und sich fortsetzen. Die Erderwärmung wird vielleicht sogar die letzten noch verbliebenen Überlebensressourcen zerstören.

Anderson ist nicht der einzige, der solche apokalyptisch anmutenden Aussagen trifft. Im vergangenen Jahr schrieben Xu und Ramanthan, daß in einer Vier-Grad-Welt im Jahr 2100 fast die Hälfte der weltweiten Landfläche und dreiviertel der Menschheit einer "tödlichen Hitze" ausgesetzt sein würden [3].

Spratt und Dunlop kommen ursprünglich nicht aus der Wissenschaftscommunity, sondern be-fassen sich als Mitglieder des Instituts Breakthrough intensiv mit Klimawissenschaft. Man könnte ihnen den Vorwurf machen, daß sie sich nur diejenigen Studienergebnisse und Aussagen von Wissenschaftlern herausgepickt haben, die zu ihrer These passen. Das würden sie möglicherweise gar nicht leugnen, denn sie wollen vermitteln, daß der Klimawandel schneller abläuft und die Politik weniger Zeit hat zu reagieren, und das wiederum ist wissenschaftlich fundiert.

Wenn in rund zwei Monaten die 24. UN-Klimakonferenz (COP24) in Katowice eröffnet wird, dann ist der Restwald vom Hambacher Forst vermutlich gerodet. Dann haben sich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und der Energiekonzern RWE gegen ein paar Dutzend Baumbesetzerinnen und -besetzer, viele tausend Menschen, die vor Ort waren und die Aktion unterstützt haben, sowie einen nicht unerheblichen Teil der deut-

schen Bevölkerung, der fassungslos ist ob der Uneinsichtigkeit von Staat und Wirtschaft, durchgesetzt. Geben wir das Schlußwort Hans Joachim Schellnhuber, emeritierter Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, der das Vorwort zu dem Report "What Lies Beneath" verfaßt hat:

"Alles in allem sollte man nicht zu kritisch gegenüber dem IPCC sein, da die beteiligten Wissenschaftler das tun, was von Wissenschaftlern erwartet wird, das beste ihrer Fähigkeiten unter schwierigen Umständen. Aber der Klimawandel erreicht nun das Endspiel, wo die Menschheit sehr bald die Wahl hat, entweder beispiellose Maßnahmen zu ergreifen oder zu akzeptieren, daß es zu spät ist, und sie die Konsequenzen tragen muß. Deshalb ist es umso wichtiger, Nicht-Mainstream-Stimmen zuzuhören, die die Probleme verstehen und weniger zögern, vor dem Wolf zu warnen. Unglücklicherweise könnte der Wolf bereits im Haus sein."

Anmerkungen:

[1] tinyurl.com/ydgzd6va

[2] <http://fore.yale.edu/climate-change/science/climate-map-shows-world-after-4-degrees-celsius-rise/>

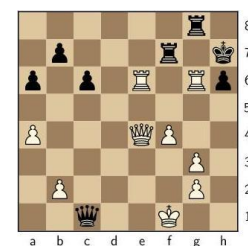
[3] <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC5625890/pdf/pnas.201618481.pdf>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-669.html>

SCHACH - SPHINX

Falscher Königszug des Weltmeisters

(SB) - Was ist damals, 1927 in Buenos Aires, nur geschehen? Vor dem Weltmeisterschaftskampf zwischen José Capablanca und seinem Herausforderer Alexander Aljechin hätte die gesamte Schachwelt einmütig schwören können, daß der neue Weltmeister auch der alte sein würde. Doch es kam anders. Capablanca, der zuvor keine einzige Turnierpartie gegen Aljechin verloren hatte - Aljechin konnte das von sich nicht behaupten -, strauchelte in einer Weise, die unvorstellbar war. Gerade in Endspielsituationen, wo der Kubaner mit bestechender Präzision aufwarten konnte, machte er Züge, über die er früher bei einem anderen hochmütig gelächelt hätte. In der 27. Wettkampfpartie entstand folgende Stellung im heutigen Rätsel der Sphinx. Aljechin spielte mit den schwarzen Steinen. Er stand ganz eindeutig auf Verlust und konnte nur noch auf ein Wunder hoffen. Mit seinem letzten Zug 1...Dc5-c1+ hatte er ein Verzweiflungsschach geboten. Innerlich mochte sich Aljechin wohl bereits mit der Niederlage abgefunden haben. Doch da lächelte ihm Caissa zu. Capablanca konnte zwei Königszüge machen, und er wählte den falschen, Wanderer.



Capablanca -
Aljechin
Buenos Aires
1927

Fortsetzung Seite 12

SPORT / MEINUNGEN / KOMMENTAR

Olympia - Ballerspiele abgelehnt ...

(SB) 4. Oktober 2018 - IOC-Präsident Thomas Bach hat Vertretern der Computerspiele-Industrie, die auf eine Aufnahme von E-Sport ins Programm für die Sommerspiele 2024 in Paris und 2028 in Los Angeles drängen, vorerst eine Absage erteilt. "Wir können kein Spiel im Olympischen Programm haben, das Gewalt und Diskriminierung propagiert", sagte der IOC-Chef der Nachrichtenagentur Associated Press (AP). "Sogenannte Killerspiele" stünden aus Sicht des IOC im Widerspruch zu den olympischen Werten und könnten daher nicht akzeptiert werden. [1]

Seine Absage dürfte vor allem beliebten Ego- und Taktik-Shootern wie "Counter-Strike", "Fortnite", "Overwatch", "Call of Duty" oder "Rainbow Six Siege" gegolten haben, die gemeinhin mit "Tötungsspielen" assoziiert werden, während Sport- und Wirtschaftssimulationsspiele wie "FIFA" oder "SimCity" wohl eher nicht gemeint waren. Auf Nachfrage des AP-Reporters räumte Bach ein, daß Kampfsportarten wie Boxen, Ringen oder das von ihm selbst einst sehr erfolgreich betriebene Fechten ihre Ursprünge in realen Kämpfen unter Menschen hätten. Gleichzeitig sei aber der Sport eine zivilisierte Form ("civilized expression") dieser Duelle. Wenn es jedoch wie bei E-Games darum gehe, jemanden zu töten, könne das nicht mit den olympischen Werten in Einklang gebracht werden.

Das ursprüngliche Duellfechten zielte darauf ab, den Gegner mindestens kampfunfähig, wenn nicht gar ihm den Garaus zu machen. Die Absicht, einem Gegner mitunter tödliche Hiebe oder Stiche beizubringen, ist im modernen Sportfechten durch Regeln, Schutzmaßnahmen und technische Zählwerke so stark verfremdet, daß es heute nur noch um elektronisch angezeigte "Treffer", denn um das Beibringen letaler Verletzungen geht. Zwar dürften auch E-SportlerInnen nicht ernstlich annehmen, einen realen Kampf in der virtuellen Welt des Gamings auszufechten, doch eine Vielzahl der populären Videospiele werden in einem Setting ausgetragen, wo die rigorose Zerstörung des Gegners in stilisierter wie möglichst realitätsnaher Form audiovisuell in Szene gesetzt wird. Solcherlei Zuspitzungen finden im Traditionssport definitiv nicht statt. Auch beim olympischen Sportschießen, das seine Ursprünge im Jagen und Kriegführen hat, wird nicht auf Ziele geschossen, die lebende Gestalt haben, sondern ausschließlich auf Scheiben.

Die eng mit Militärtraditionen verflochtene Geschichte des Sports belegt allerdings, daß auch Schieß- oder Kampfsportarten in den Dienst des Zerstörens und Tötens bzw. zur Hebung der militärischen Tauglichkeit gestellt werden können. Der Wehrsport im Nationalsozialismus zeigt dies auf besonders drastische Weise. Noch heute gilt der Sport als

wichtiges Instrument, die Menschen nicht nur fit für Arbeit und Produktivität zu machen, sondern auch für die Grund- und Einsatzbereitschaft der Armee. Sportvordenker wie Prof. Carl Diem, der die Sporterziehung, Sportwissenschaft, Olympische Bewegung und staatliche Sportverwaltung in Deutschland maßgeblich mitgestaltet hat, haben "Bürgertüchtigkeit" und "Wehrtüchtigkeit" immer zusammengedacht. Zwar sind wehrsportliche Übungen in Schule und Sportvereinen nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu verschwunden (die DDR betrieb Wehrerziehung mit wehrsportlichen Elementen; für die Streitkräfte der BRD gilt noch heute das Deutsche Sportabzeichen "als Grundlage für die Fitness der Soldaten"), doch in Zeiten, wo die Bundeswehr mit Hilfe von "Olympix"-Veranstaltungen wieder gezielt auf Rekrutenfang geht, Sportdachverbände wie DOSB (Deutscher Olympischer Sportbund) und DBS (Deutscher Behindertensportverband) bei der Medaillen- und Vorbildproduktion verstärkt Kooperationen mit dem Verteidigungsministerium eingehen, sportliche Fitness in der Militärausbildung wieder eine größere Bedeutung zukommen soll und die FDP die Etablierung von "Invictus Games" für physisch und psychisch verwundete Soldaten in Deutschland fordert, sind Zweifel angesagt. Zumal sich die Bundeswehr keineswegs mehr nur auf die Landesverteidigung beschränkt, sondern zur professionellen Interventions-

und Besatzungsarmee gewandelt hat - mit den Worten des früheren Verteidigungs-, Innen- und Sportministers Thomas de Maizière zur "Armee im Einsatz".

In einem SZ-Interview aus dem Jahr 2011 erklärte der CDU-Politiker einmal, daß zum Aufgabenspektrum der Bundeswehr heute auch Auslandseinsätze gehörten: "Die können gefährlich sein - Töten und Sterben gehören dazu. Damit kann man nicht werben, aber man muss die Wahrheit sagen." [2]

Um zu unterstreichen, daß in der Bundeswehr nicht schießwütige Abenteurer sind, sondern Soldaten, die einen verantwortungsvollen Umgang mit Waffen pflegen, kam Thomas de Maizière im besagten SZ-Interview auch auf sogenannte Ballerspiele am Computer zu sprechen. "Heute sind junge Menschen in extensiver Weise einem verantwortungslosen Umgang mit Waffen ausgesetzt, zum Beispiel mit Computerspielen", meinte der Minister. "Da kann man andere umballern und hat selbst angeblich mehrere Leben. Wer aber lernt, was es heißt, eine Handgranate in der Hand zu halten und den Abzugsring zu ziehen, der geht später auch verantwortungsvoller mit dem Thema Gewalt um." [2]

Wenn es doch um einen verantwortungsvollen Umgang mit den "Waffen" geht, warum sollte den ein Gamer nicht erlernen können? Es ist sicherlich zutreffend, daß E-Sportlern ein echter haptischer Umgang mit den Waffen ihrer durch die Spieleindustrie vorgeprägten Zerstörungsphantasie fehlt. Diese Entfremdung ist allerdings in einer weitreichend tech-

nifizierten Gesellschaft, in der z.B. Daten- und Kommunikationsträger genutzt werden, ohne daß die Anwender auch nur einen Gedanken daran verschwenden, zu wessen mitunter tödlichen Lasten die Extraktion der dafür benötigten Rohstoffe und Arbeitskräfte geht, längst Usus. Die tödliche Wahrheit steht, frei nach de Maizière, auf einem anderen Blatt - auf keinen Fall dort, wo Werbung, Unterhaltung und das ökonomische Kalkül die Akzente setzen.

Thomas de Maizières Einlassungen sind vor dem Hintergrund, daß das 2011 eingerichtete Nationale Cyber-Abwehrzentrum Personalmangel beklagt und die Bundeswehr 2017 damit begonnen hat, ein Kommando Cyber- und Informationsraum aufzubauen, dem knapp 14.000 Soldaten und Soldatinnen zugeordnet wurden, sowie des Erwerbs von bewaffnungsfähigen Kampfdrohnen und des perspektivischen Einsatzes von halb- oder vollautonomen Drohnenschwärmen, wie sie bereits heute über der Ostsee getestet werden, ohnehin veraltet. Denn die Bundeswehr sucht nicht nur sportlich gut trainierte Soldaten und Soldatinnen, die wissen, wie man mit Handgranaten umgeht, sondern auch solche, die sich auf den digitalen Schlachtfeldern von morgen bewähren - sei es als Hacker, Computer-Programmierer oder -techniker, sei es als Drohnenpilot/in, die Aufklärungsdienste für aktuelle Kriegseinsätze leisten, sei es als Cyberkrieger in spe, um wie die US-Soldaten in Ramstein per "Joystick" die tödliche Bombenfracht ins Ziel zu lenken. Cybercrime und Cyberwar, die sich zusehends vermischen, sind IT-Boombran-

chen; da wollen auch die deutschen Sicherheits- und Rüstungsfirmen, die mit der Bundesregierung bestens harmonieren, nicht zurückstecken.

Folgerichtig war auf der jüngsten "gamescom", der weltgrößten Videospielemesse in Köln, auch die Bundeswehr vertreten, um junge, e-sport-affine Menschen für eine Karriere in Flecktarn anzuwerben. Auf Plakaten, die der Zielgruppe entsprechend in Computerspieloptik gehalten waren, prangten Slogans wie "Multiplayer at its best" oder "Mehr Open World geht nicht", was bezüglich der Bundeswehr offenbar positive Assoziationen wie "Teamgeist" oder "Einsatz für eine freie Welt" wecken sollte. Im Kleingedruckten war zu lesen: "Echte Kameradschaft statt Singleplayer-Modus? Mach, was wirklich zählt. Lerne Teamwork kennen und bewirb dich für eine Karriere bei der Bundeswehr". Und: "An deine Grenzen gehen statt in deinem Level festhängen?" [3]

Mit ähnlichen, auf die Alters- und Zielgruppe zugeschnittenen Abenteuer- und Teamgeist-Slogans wirbt die Bundeswehr auch im Traditionssport, ohne daß dies von den Spitzenfunktionären, die sich angeblich um die Werte des olympischen Sports sorgen, moniert wird. Im Gegenteil, als Thomas Bach noch DOSB-Präsident war, pries er die Bundeswehr, die bei den letzten Olympischen Winterspielen in Pyeongchang fast 40 Prozent aller deutschen Kadersportlerinnen und -sportler stellte und einen erheblichen Anteil der Fördergelder für den Elitesport trägt, mit den Worten: "Weit über die gewonnenen Titel

SPORT / BOXEN / MELDUNG

Schergewicht - an der Wegscheide ...

Robert Helenius schickt Erkan Teper auf die Bretter

(SB) 4. Oktober 2018 - Der finnische Schwergewichtler Robert Helenius hat seiner Karriere durch einen vorzeitigen Sieg gegen Erkan Teper neuen Schwung verliehen. Im Ritter Sport Stadion in Waldenbuch behielt der 34jährige Skandinavier durch K.o. in der achten Runde die Oberhand über seinen zwei Jahre älteren Kontrahenten und sicherte sich damit den vakanten Interkontinentaltitel der IBF. Helenius traf seinen massiven, rund 114 Kilo schweren Gegner mit einer wuchtigen Linken, der er sofort eine weitere Linke folgen ließ, worauf Teper zu Boden stürzte und flach auf dem Rücken liegen blieb, so daß der Kampf abgebrochen wurde. Während der Finne seine Bilanz auf 28 Siege und zwei Niederlagen ausbauen konnte, stehen für Teper 19 gewonnene und drei verlorene Auftritte zu Buche.

Für Robert Helenius war dies der bedeutendste Erfolg, seit er sich vor sieben Jahren im Dezember 2011 knapp nach Punkten gegen den namhaften Briten Dereck Chisora durchgesetzt hat. Er zog sich damals jedoch eine Verletzung an der Schulter zu und mußte nach diesem Höhepunkt seiner vielversprechenden Karriere eine längere Pause einlegen. Hinzu kam einige Zeit später die Trennung von seinem damaligen Promoter Sauerland Event, die ihrerseits dazu beitrug, daß der Finne lange außer Gefecht war und spä-

ter auf eigene Faust wieder Tritt zu fassen versuchte. Er besiegte zwar eine Reihe relativ leichter Gegner, mußte sich aber dem Franzosen Johann Duhaupas und dem Briten Dillian Whyte geschlagen geben.

Als Helenius am 28. Oktober 2017 im Principality Stadium in Cardiff auf Whyte traf, konnte er in der zweiten Runde einen schweren Treffer landen und machte auch in der Folge von seiner Reichweite recht guten Gebrauch. Da er jedoch Konditionsprobleme bekam, konnte der Brit dank einer höheren Schlagfrequenz auf die Dauer einen Vorsprung auf den Zetteln der Punktrichter erwirtschaften. Besonders spannend war das nicht, und so ließen die Zuschauer das Geschehen weitgehend schweigend über sich ergehen, zumal sie ohnehin wegen des nachfolgenden Hauptkampfes zwischen Anthony Joshua und dem Neuseeländer Joseph Parker gekommen waren. Indessen zeigte der Finne durchaus gute Ansätze und hätte bei besserer körperlicher Verfassung Whyte vermutlich Paroli geboten.

Erkan Teper ist nicht nur ein Schwergewichtler von imposanter Statur, sondern auch ein kampffreudiger Boxer mit einer enormen Schlagwirkung. So mußten Michael Sprott und Martin Rogan beide in der ersten Runde die Segel streichen, worauf sich der Ahlener im März 2015

klar nach Punkten gegen den technisch versierten Franzosen Johann Duhaupas durchsetzte. Am 17. Juli 2015 traf er im Kampf um den vakanten Titel des Europameisters in Ludwigsburg auf David Price, der einige Zeit zuvor noch als einer der größten britischen Hoffnungsträger gehandelt worden war. Obgleich Teper trotz einer stattlichen Größe von 1,95 m immer noch sieben Zentimeter kleiner als sein Gegner war, trieb er den Briten sofort durch den Ring und ließ sich auch durch dessen häufiges Klammern nicht bremsen. Bereits in der zweiten Runde war es um David Price geschehen, als ihn ein wuchtiger linker Haken von den Beinen holte.

Teper hatte durch diesen überzeugenden Auftritt den britischen Promoter Eddie Hearn auf sich aufmerksam gemacht, der den neuen Europameister wenig später als künftigen Gegner Anthony Joshuas ins Gespräch brachte. Unterdessen gab das Team des Ahleners bekannt, daß man den Titel gegen den namhaften Finnen Robert Helenius verteidigen werde, was die Bereitschaft Teper unterstrich, sich nicht mit schwachen Kontrahenten aufzuhalten. Dann wurde jedoch publik, daß er nach dem Kampf gegen Price positiv auf eine verbotene Substanz getestet worden war. Teper mußte daraufhin den Titel zurückgeben und verlor seinen guten Ranglistenplatz beim

Verband IBF, was ihn daran hinderte, eine Chance gegen Anthony Joshua zu bekommen. Die verhängte Sperre setzte den Ahlener fast ein Jahr außer Gefecht, was angesichts des aussichtsreichen Stadiums seiner Karriere besonders bitter war.

Im Juli 2016 meldete sich Erkan Teper erfolgreich im Ring zurück, indem er den erfahrenen Aufbaugegner Derric Rossy in Lüneburg einstimmig nach Punkten besiegte. Wenngleich der Ahlener weniger konditionsstark als vor seiner Zwangspause wirkte, hatte er doch nichts von seinen explosiven Attacken und wuchtigen Schlägen eingebüßt. Rossy stellte wieder einmal seine ausgezeichneten Nehmerqualitäten unter Beweis, da er Teper gefährliche linke Haken und rechte Geraden wegsteckte, ohne zu taumeln, geschweige denn zu Boden zu gehen. Teper schien alle Voraussetzungen mitzubringen, sich in den Ranglisten wieder zügig nach vorn zu arbeiten, da er für einen Schwergewichtler seiner Größe ungewöhnlich schnell und dabei beidhändig mit beträchtlicher Wucht schlagen kann. In Statur und Kampfweise erinnert er an den verstorbenen Corrie Sanders, der einst Wladimir Klitschko auf die Bretter schickte.

Da er nach der längeren Unterbrechung seiner Karriere erst wieder Tritt fassen mußte, mutete seine Vorstellung gegen Derric Rossy vielversprechend an. Dann folgten jedoch ernüchternde Rückschläge, als er im Oktober 2016 gegen Christian Hammer die erste Niederlage seiner Karriere einstecken mußte und im Frühjahr 2017 auch Mariusz Wach unterlag. Notgedrungen setzte Er-

kan Teper in der Folge niedriger an und fuhr gegen drei schwächere Gegner Siege ein. Im Kampf gegen Helenius, der sich in einer vergleichbaren Situation befand, wollte Teper in den Kreis der namhaften Akteure zurückkehren und sich für höhere Aufgaben empfehlen, doch mußte er an dieser Wegscheide dem Finnen den Vortritt lassen.

Die Niederlagen gegen Duhaupas und Whyte haben Robert Helenius in den Ranglisten ausgebremst und seinen Ruf in Mitleidenschaft gezogen. Mit dem Sieg über Erkan Teper hat er nun ein Zeichen gesetzt, dem er Kämpfe gegen besser platzierte Kontrahenten folgen lassen muß, um sich weiter nach oben zu arbeiten. Teper wurde bislang an Nummer sieben der IBF-Rangliste geführt und läuft angesichts des Rückschlags Gefahr, aus den Top 10 zu fallen. Für Helenius stehen künftig Namen wie Bryant Jennings, Dominic Breazeale, Kubrat Pulev, Joseph Parker, Jarrell Miller und Luis Ortiz auf der Agenda, gegen die er sich durchsetzen muß, um an einen Weltmeister wie Anthony Joshua heranzukommen. Der Finne hat das körperliche Format, eine beachtliche Schlagwirkung und ist noch jung genug, um zu einem zweiten Höhenflug seiner Karriere anzusetzen. [1]

Anmerkung:

[1] www.boxingnews24.com/2018/09/robert-helenius-defeats-erkan-teper-results/

<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/boxen/sbxm2302.html>

VERANSTALTUNGEN

*Kulturcafé Komm du -
Oktober 2018*

***Kekso und Téry Kafo |
Westafrikanische Musik mit
Einflüssen von Jazz, Soul,
Rock und Reggae***

*Halloween-Konzert am
Mittwoch, 31. Oktober 2018,
20.00 bis 22.00 Uhr im
Kulturcafé Komm du*

*Platzreservierungen per
Telefon: 040 / 57 22 89 52
oder*

E-Mail: kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende



KULTURCAFÉ
Komm du

Das Komm du lädt ein zu einem
Halloween-Konzert am Mittwoch, den 31.10.2018,
20.00 bis 22.00 Uhr.



Kekso und Téry Kafo
Senegalesische
Rhythmen, Jazz,
Soul und Reggae

Eintritt frei / Hutspende

Das Komm du in Harburg:
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Tel.: 040 / 57 22 89 52
Internet: www.komm-du.de
www.facebook.de/KommDu

Begegnung und Diskussion, Livemusik,
Kleinkunst- und Tanzperformances,
Ausstellungen, Lesungen, Vorträge,
Veranstaltungen für Kinder, Literatur-
und Zeitungsangebot, kostenloses
WLAN, Spiele, Kaffeespezialitäten,
selbstgemachter Kuchen, täglich
wechselnder Mittagstisch

V.i.S.d.P.: Botta Barthel, Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg

Das Komm du lädt ein zu einem Halloween-Konzert am Mittwoch, den 31.10.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:

Kekso und Téry Kafo
**Westafrikanische Rhythmen,
Jazz, Soul, Rock und Reggae**

Téry Kafo bedeutet in der Mandi-
kasprache "Freunde/Freundinnen



sind zusammen". Unter diesem Motto stehen die Gigs der Band, die von dem Senegalesen Kekso Lamine Diabang ins Leben gerufen wurde. Musiker unterschiedlicher Stilrichtungen haben sich zusammengefunden, weil sie Freude und Spaß an westafrikanischer Musik haben. Die Spannung von Téry Kafo liegt im Wechsel von feurigen Tanzrhythmen, von Kekso mit der Djembe akzentuiert, und ruhigen Liedern, die er auf der Kora - der afrikanischen Harfe - begleitet. Keyboard, Saxophon, Gitarre und Drums setzen Akzente mit ihren Soli unter Soul-Jazz-Einfluß. Der Baß trägt zusammen mit den Congas die rhythmische Basis und übernimmt die Grundmuster der Melodien.

*Kekso & Téry Kafo
"Téry Kafo" bedeutet in der Mandikasprache "Freunde/Freundinnen sind zusammen"
Foto: © by Michael Wied*

Die Musikgruppe Kekso & Téry Kafo spielt westafrikanische Rhythmen wie Mbalach, Yae Yang, Soukous stard, Reggae zum Tanzen und Singen. Die Band wurde von dem senegalesischen Musiker Kekso Lamine Diabang initiiert.

Weitere Informationen:

Kekso L. Diabang - Homepage
<http://www.keksomusic.de>

Zum Reinhören - Kekso Tide TV Babrimaca
<https://www.youtube.com/watch?v=FfKw5v6YphE>

Zum Anschauen:

Kekso Tide TV Kumare
<https://www.youtube.com/watch?v=p-gM0pRsXDQ>

Kekso L. Diabang - Tanz- und Trommellehrer

Die Kora wird von der westafrikanischen Musikerkaste, den "Griots" (Geschichtenerzählern)

gespielt. Diese tragen dazu bei, daß durch mündliche Überlieferung traditionelles Wissen weitergegeben wird. Kekso behält diese Tradition in seinen Liedtexten bei: "Meine Musik erzählt von heute und von alten Zeiten". Neben seiner einfühlsamen und fröhlichen Art Kora zu singen, fasziniert Keksos klare, prasselnde und doch leichte Anschlagstechnik auf der Djembe. Mit der Trommel, dem Buschtelefon Westafrikas, spricht er zu Menschen und Tieren. Seine Improvisationen sind z.B. den Vogelstimmen nachempfunden.

*

Das Kulturcafé Komm du in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie

Das Komm du in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergesse-



sen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßig wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel gibt mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Eindrücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, haben sie sich bewusst für den rauen und ungemein liebenswerten Stadtteil Harburg entschieden. Für Künstler und Kulturfreunde, für hungrige und durstige Gäste gibt es im Komm du exzellente Kaffeespezialitäten, täglich wechselnden frischen Mittagstisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

Das Komm du ist geöffnet:
von Montag bis Freitag
7:30 bis 17:00 Uhr,
Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr und
an Eventabenden open end.

Näheres unter:
<http://www.komm-du.de>
<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:
Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:
Telefon: 04837/90 26 98
E-Mail:
redaktion@schattenblick.de

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/veranst/folk1376.html>

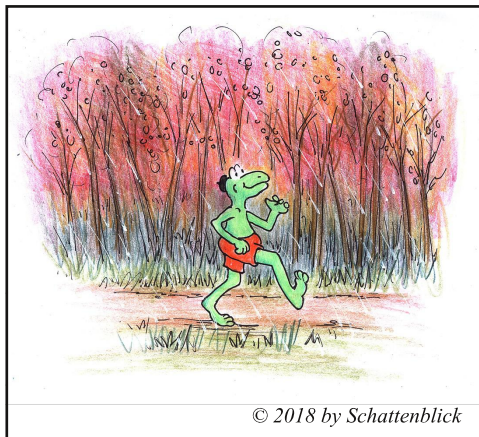
Inhalt Ausgabe 2698 / Freitag, den 5. Oktober 2018

- 1 EUROPOOL - REDAKTION:
Brexit - vom Festschreiben der Grenze ...
- 3 POLITIK - KOMMENTAR:
Moskau - Karussell der Janusköpfe ...
- 5 POLITIK - KOMMENTAR: AfD - Bündnisaussichten ...
- 7 UMWELT - REDAKTION: CO2 - Klimafolgen schöneredet ...
- 9 SCHACH-SPHINX: Falscher Königszug des Weltmeisters
- 10 SPORT - MEINUNGEN: Olympia - Ballerspiele abgelehnt ...
- 13 SPORT - BOXEN: Schwergewicht - an der Wegscheide ...
- 14 VERANSTALTUNGEN: Kekso und Téry Kafo -
Westafrikanische Musik, Halloween-Konzert am 31.10.18
- 16 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 5. Oktober 2018

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 5. Oktober 2018

+++ Vorhersage für den 05.10.2018 bis zum 06.10.2018 +++



© 2018 by Schattenblick

Wieder leichter Wärmeschub,
Nieselregen, Wolkenfelder,
Jean-Luc als der grüne Bub
nutzt die Luft der Herbstlaubwälder.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.